



Der Schweizer Erweiterungsbeitrag

Kontext – Aktivitäten – Resultate
Jahresbericht 2016



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Titelbild links: Die Jugendarbeitslosenquote in der Slowakei beträgt 20.4% (Stand Dezember 2016) im nationalen Durchschnitt. Viele Branchen bemängeln am Ausbildungssystem, dass es keinen hohen Praxisbezug aufweist und es schwierig ist, gut ausgebildete Arbeitskräfte zu finden. Die Schweiz unterstützt im Rahmen des Erweiterungsbeitrages ein Projekt, dessen Ziel es ist, mit der Bereitstellung von Schweizer Know-How in der Slowakei ein duales Bildungssystem nach schweizerischem Vorbild einzuführen. © DEZA

Titelbild rechts: Im Rahmen des Erweiterungsbeitrages wurden in Polen verschiedene soziale Einrichtungen und Betreuungszentren renoviert. Dank einem Ausbau verfügt nun beispielsweise die Mehrzweck-Sportanlage im polnischen Ort Łągowniki (Verwaltungsbezirk Świętokrzyskie) über eine neue Infrastruktur. Dadurch konnte die Auswahl an Rehabilitations- und Therapiemöglichkeiten im nahegelegenen Pflegeheim erheblich vergrössert werden. © Ministry of Health of Poland/Photo by Marcin Zięba

Liebe Leserinnen und Leser

Im Labor an der Vocational School of Chemistry in der slowakischen Hauptstadt Bratislava herrscht Hochbetrieb (siehe Bild auf dem Cover). Jugendliche destillieren, synthetisieren, erhitzen und vermischen Substanzen und Flüssigkeiten. Karin, 17 Jahre alt, war schon in der Primarschule von den Naturwissenschaften fasziniert und träumt davon, später in der Forschung zu arbeiten. Auch Dominika, 16 Jahre alt, sieht ihre Zukunft in der Chemie: Sie möchte nach ihrer Ausbildung Pharmazie studieren. Dank dem Erweiterungsbeitrag wurde die Reform des Berufsbildungssystems in der Slowakei hin zum Schweizer Modell vorangetrieben. Neu werden verschiedene Berufe als Berufslehre angeboten. Lehrlinge aus den Branchen Chemie, Hochbau, Elektrotechnik, Lebensmittelindustrie und Gastgewerbe erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre schulische Ausbildung in der Werkstatt, im Büro oder im Labor praktisch zu vertiefen. Davon profitieren nicht nur Berufsschülerinnen und Berufsschüler wie Karin und Dominika: Auch die slowakische Privatwirtschaft hat grosses Interesse an qualifizierten Fachkräften, die in Betrieben ausgebildet wurden.

Dieses Projekt in der Slowakei veranschaulicht drei Dinge. Erstens: Der Erweiterungsbeitrag ist gut positioniert und verknüpft Schweizer Fachwissen unmittelbar mit den individuellen Bedürfnissen der Partnerländer. So ist beispielsweise das Schweizer Erfolgsmodell der dualen Berufsbildung ein äusserst gefragtes Exportgut. Zweitens: Die erreichten Resultate zeigen eine positive Wirkung auf die Entwicklung der Partnerländer. Karins und Dominikas Beispiel ist eines von vielen erfreulichen Resultaten, die nun, da Mitte 2017 zehn Länderprogramme zu Ende gehen, deutlich werden. Drittens: Der Erweiterungsbeitrag fördert die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den neuen EU-Staaten. Durch die Mitarbeit an nachhaltig ausgelegten Projekten wie der Reform des Berufsbildungssystems in der Slowakei wird die positive Wahrnehmung unseres Landes in den Partnerstaaten langfristig gestärkt. Die dadurch erhöhte Sichtbarkeit der Schweiz bringt politisch und wirtschaftlich viele Vorteile.

In diesem Jahresbericht blicken wir auf die Meilensteine und Highlights des Jahres 2016 und die bisher erreichten Resultate zurück. Im Namen der DEZA und des SECO wünschen wir Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.

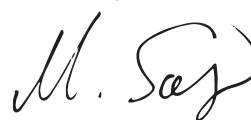
Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch



Staatssekretärin
Direktorin des SECO



Manuel Sager



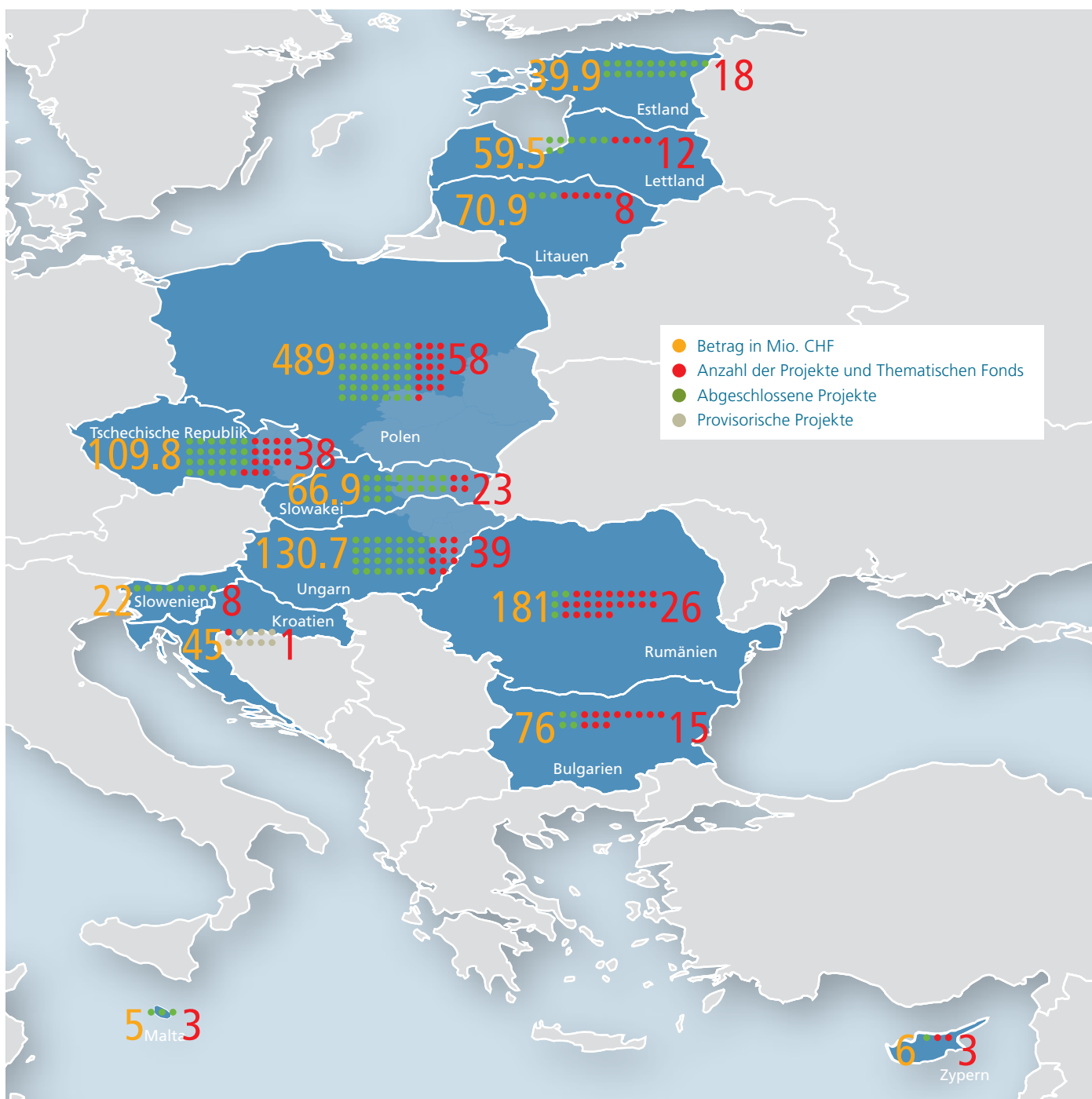
Botschafter
Direktor der DEZA



Der Erweiterungsbeitrag in Kürze

Der Erweiterungsbeitrag trägt dazu bei, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (EU) abzubauen. Er ist ein Zeichen der Solidarität und der Verantwortung der Schweiz. Er beruht aber auch auf Eigeninteresse: Mit den Projekten werden zahlreiche Partnerschaften gefördert. Durch die Zusammenarbeit festigt die

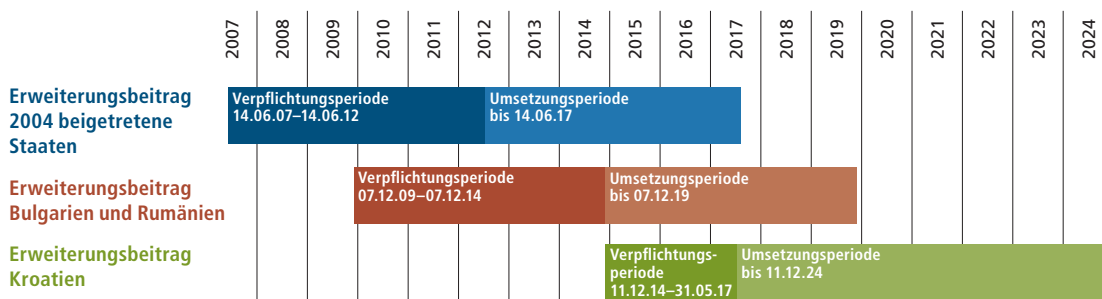
Schweiz die Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten und zur gesamten EU. Der Erweiterungsbeitrag ist ein wichtiger Teil der Schweizer Europapolitik und stärkt das Ansehen der Schweiz. Unter anderem erhöhen sich auch die Chancen von Schweizer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen in der EU.



Die Aufteilung des Erweiterungsbeitrags auf die 13 Partnerstaaten erfolgte aufgrund der Bevölkerungsgrösse und des Pro-Kopf-Einkommens. Die Schweiz entscheidet in Absprache mit den Partnerländern und unabhängig von der EU, welche Projekte sie un-

terstützt. Begleitet wird die Umsetzung der mehr als 300 Projekte von der DEZA und dem SECO sowie den gemeinsamen Büros in Warschau, Riga, Prag, Budapest, Bratislava, Sofia und Bukarest.

Zeitlicher Rahmen des Erweiterungsbeitrags



Die Projekte des Erweiterungsbeitrags müssen innerhalb von zehn Jahren abgeschlossen sein. In der Verpflichtungsperiode wird festgelegt, welche Projekte wie durchgeführt werden. Danach folgt die Umsetzungsperiode, innerhalb derer alle Projekte abgeschlossen werden müssen. 2016 befinden sich zwölf Länder in der Umsetzungsphase, Kroatien ist in der Verpflichtungsperiode.

Um wirkungsvoll zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU beizutragen, werden im Rahmen der Projekte fünf übergeordnete Ziele verfolgt. Im Sinne einer strategischen Ausrichtung umfassen diese Projektziele Bereiche, in denen die Schweiz viel Wissen und Erfahrung einbringen kann. So wird für beide Seiten ein wertvoller Austausch ermöglicht. Eine detaillierte Aufstellung der Ziele sowie konkrete Projektbeispiele sind ab Seite 10 des vorliegenden Berichts zu finden.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

Rund 300 Projekte genehmigt	100 % des Projektbudgets in den ersten zwölf Ländern sind verpflichtet
5 Projektziele: Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern; soziale Sicherheit erhöhen; Umwelt schützen; öffentliche Sicherheit erhöhen; Zivilgesellschaft stärken	13 Partnerstaaten: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern
1,302 Milliarden CHF zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in der erweiterten EU	110 Millionen CHF des Erweiterungsbeitrages wurden für Aufträge und Beiträge an Schweizer Unternehmen, Hochschulen und andere Institutionen vergeben

Meilensteine 2016

Externe Evaluation stellt dem Erweiterungsbeitrag gute Noten aus

DEZA und SECO vergeben insgesamt pro Jahr drei bis vier Aufträge zur unabhängigen externen Überprüfung. Ein Evaluationsbericht soll Antwort auf die Frage geben, ob diese Institutionen sich mit der Umsetzung von Projekten auf dem richtigen Weg befinden. Eine Evaluation dient ausserdem der Rechenschaftslegung gegenüber Politik und Öffentlichkeit sowie der Förderung von institutionellem Lernen.

Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung wurde ein Evaluationsauftrag an die deutsche Firma GOPA Consultants vergeben. Diese untersuchte die Relevanz, die Wirksamkeit, die Effizienz und die Nachhaltigkeit des Erweiterungsbeitrags.

Die vertiefte Prüfung hat ergeben, dass die Projekte einen Mehrwert schaffen und einen positiven Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der betroffenen Sektoren und Regionen in den jeweiligen Ländern leisten. Der Erweiterungsbeitrag unterstützt die Zusammenarbeit zwischen Organisationen in der Schweiz und den Partnerstaa-

ten in verschiedenen Bereichen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Die entsprechend intensive Zusammenarbeit hat zur weiteren Vertiefung und Stärkung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und den Partnerstaaten beigetragen.

Das Gesamtergebnis des Erweiterungsbeitrags hinsichtlich der international anerkannten Kriterien Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit ist gut, und der Erweiterungsbeitrag wird erfolgreich umgesetzt. Die Evaluation zeigt aber auch auf, dass vor allem bei der Effizienz noch Verbesserungen möglich sind.

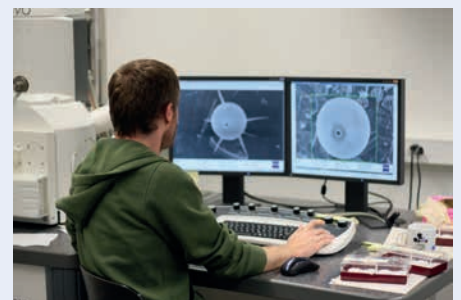
Detaillierte Informationen zur Evaluation können dem Evaluationsbericht zum Erweiterungsbeitrag unter www.erweiterungsbeitrag.admin.ch entnommen werden.

Projekt „Forschung und Entwicklung in Polen“

Das Projekt „Forschung und Entwicklung in Polen“ fördert den langfristigen Austausch zwischen polnischen und Schweizer Forschenden namentlich in Informations- und Kommunikationstechnologien, erneuerbaren Energien, Nanotechnologien sowie Gesundheit und Umwelt. Dem Forschungssystem in Polen fehlt es an Ressourcen und viele Institutionen werden nur ungenügend in die Programme der European Research Area involviert. Mit dem Projekt wird die polnische Forschung international ausgerichtet und wird dadurch für junge polnische Forschende attraktiver. Das Projekt wurde im Rahmen der Evaluation nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und genau geprüft.

Die Relevanz dieses Projekts wird als „sehr gut“ bewertet, die Wirksamkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit werden als gut bewertet. Gemäss dem Evaluationsteam stellt das Projekt eine sinnvolle Ergänzung

zu den EU-Fonds und den norwegischen Entwicklungsgeldern dar und trägt zu gegenseitigem Lernen für polnische und schweizerische Forschungsinstitutionen bei. Ausserdem ermutigt das Projekt junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, den neusten Stand der Forschung zu verfolgen. Die gute Wirksamkeit des Projekts lässt sich beispielsweise an der erheblichen Anzahl von Publikationen zu den entsprechenden Teilprojekten ablesen. Zudem erhalten Schweizer Institutionen wichtige Inputs für ihre langfristigen Forschungsthemen. Eine Konferenz trug zum Fachaustausch unter Forschenden beider Länder sowie zur Visibilität bei. Was die Effizienz betrifft, konnten Einsparungen, die durch Währungsgewinne erzielt wurden, in ausgewählte Teilprojekte investiert werden und deren Nutzen verbessern. Dass davon auszugehen ist, dass die Forschungsprojekte auch nach dem Abschluss des Programms weitergeführt werden, ist



Das Projekt „Forschung und Entwicklung in Polen“ wurde durch das Evaluationsteam genauer untersucht. Schweizer Beitrag: CHF 30'200'000; Laufzeit: 2009-2017. © DEZA

ein Zeichen der Nachhaltigkeit. Die weitere Zusammenarbeit zwischen polnischen und Schweizer Institutionen sieht ebenfalls vielversprechend aus, vorausgesetzt, die Institutionen können finanzielle Unterstützung finden.

Slowenien und Estland schliessen ihre Programme ab

Slowenien ist das zweite Land des Erweiterungsbeitrags, welches das Länderprogramm erfolgreich abschliesst. Die erreichten Resultate in den acht Projekten sind beispielsweise:

- › Im Universitätsspital Maribor im Osten Sloweniens werden seit 2016 krebserkrankte Patientinnen und Patienten mit zwei modernen Strahlengeräten behandelt, was zu einem Anstieg auf jährlich 1'000 Therapien bis 2019 führt.
- › Die Schweiz trägt zur energetischen Sanierung von 41 öffentlichen Gebäuden in 20 slowenischen Gemeinden bei. Erste Wirkungsmessungen zeigen die Reduktion von schädlichen Treibhausgasen und beträchtliche finanzielle Einsparungen in den jährlichen Gemeindeausgaben.
- › Über 20'000 slowenische Schülerinnen und Schüler und deren Lehrpersonal setzen sich im regulären Schulunterricht aktiv mit Energie- und Nachhaltigkeitsthemen auseinander.
- › Die Abschlüsse der zahlreichen Kleinstprojekte zur Förderung von Nichtregierungsorganisationen und Partnerschaften zwischen der Schweiz und Slowenien liegen etwas weiter zurück. Die Resultate zeigen aber heute noch Wirkung. Slowenien wird weiterhin die Projektresultate überprüfen und sich aktiv für eine nachhaltige Projektwirkung in den kommenden Jahren engagieren.

Als dritter Staat hat Estland sein Länderprogramm beendet. Resultate aus den 18 Projekten sind beispielsweise:

- › Zwei hochmoderne Rasterkraftmikroskope sowie Schulungen und der Austausch mit der ETH Zürich tragen zur Stärkung des Forschungs- und Entwicklungsstandorts Estland bei. 22 junge estnische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhielten Stipendien für einen Aufenthalt an Schweizer Universitäten.
- › Dank modernen Geräten aus der Schweiz und der professionellen Schulung von Personal sind Labors und Überwachungsstationen heute in der Lage, flächendeckend zuverlässige Umweltdaten in den Bereichen Wasser, Luft, radioaktive Strahlung und Naturgefahren zu erheben. Diese sind für Natur- und Bevölkerungsschutz relevant.
- › Über 95 Waisenkinder leben in familienähnlichen Strukturen in 14 neu errichteten Wohnhäusern.
- › Im Rahmen dieser 10-jährigen Zusammenarbeit mit der Schweiz konnte in Estland auch die Brandsicherheit erhöht und der Rettungsdienst durch technologische Optimierung der Einsatzzentralen und Ambulanzen verbessert werden. Zudem wurde die estnische Justiz in ihrer Entwicklung zu einer effizienteren, günstigeren und umweltfreundlicheren Institution unterstützt.



Das Projekt „SKUPAJ“ („zusammen“) fördert die Integration von Kindern der Roma-Gemeinschaft. Durch Hausaufgabenhilfe und Sprachunterricht in Slowenisch werden sie auf den Schulunterricht vorbereitet. © SECO



Dank Schweizer Unterstützung verfügt Estland über flächendeckende und zuverlässige Umweltdaten in den Bereichen Wasser, Luft, radioaktive Strahlung und Naturgefahren. Das Bild zeigt estnische Experten bei Messungen auf dem See Vortsjaerv. © SECO

Einblicke in die Umsetzung

Perspektiven für Jugendliche dank solider Berufsbildung

Die Schweiz unterstützt die Slowakei mit einem Projekt zur Stärkung der dualen Berufsbildung. Um eine praxisnahe und arbeitsmarktorientierte Berufsbildung anzubieten, richten die Berufsschulen ihr Angebot stärker an den Bedürfnissen der Unternehmen aus. Die Schülerinnen und Schüler erhalten als Ergänzung zum theoretischen Wissen eine betriebsinterne Ausbildung. Damit sind die zukünftigen Arbeitskräfte besser qualifiziert und haben mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.



Die Ausbildung an der Berufsschule für Lebensmittelverarbeitung und Hoteldienstleistungen in Bratislava bereitet die Lehrlinge auf den Arbeitsmarkt vor. © DEZA

Slowakische Delegation von Berufsbildenden in der Schweiz

Im November 2016 kam eine slowakische Delegation in die Schweiz, um mehr über das Schweizer Berufsbildungssystem zu erfahren. Die Delegation bestand aus Schulleiterinnen und Schulleitern, regionalen Vertreterinnen und Vertretern der Berufsbildung, des slowakischen Innenministeriums sowie des Ministeriums für Bildung. Während ihres Aufenthalts besuchten sie das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) und das Kurszentrum des Schweizerischen Baumeisterverbands. Ausserdem erfuhren sie mehr über den Dienst der Berufsberatung auf kantonaler Ebene und den Stand des Projekts zur Reform des slowakischen Berufsbildungssystems.

Laut Statistik liegt die Jugendarbeitslosenquote in der Slowakei zurzeit bei etwa 20%. Gleichzeitig klagen viele Branchen in der Slowakei, dass es an gut ausgebildetem Personal und an einer praxisorientierten Berufsbildung fehle. Aus diesem Grund fördert das Projekt aktiv die enge Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen, Branchenverbänden und Arbeitgeberorganisationen. Die Schweiz

hat dabei eine Vorbildfunktion und spielt mit ihrer langjährigen Erfahrung im dualen Bildungssystem eine wichtige Rolle bei den laufenden Reformen.

Positive Bilanz

Das Projekt befindet sich in der Endphase und es sind verschiedene Erfolge zu verzeichnen. Der slowakische Staatssekretär für Bildung, Forschung und Sport, Peter Krajnak, stellt ein wachsendes Interesse der Eltern, der Schülerinnen und Schüler sowie der Unternehmen am System der dualen Berufsbildung fest. Die Anzahl der Schulen, die dem dualen System beigetreten sind, hat sich 2016 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Insgesamt sind in der Slowakei 1'121 Lehrverträge unterschrieben und 1'543 Schülerinnen und Schüler besuchen eine duale Berufsschule. Davon ist rund ein Drittel auf das Projekt, welches die Schweiz im Rahmen des Erweiterungsbeitrags unterstützt, zurückzuführen.

Interview zum Nutzen der bilateralen Partnerschaften zwischen der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten

Die Schweiz verfügt über ausgewiesene Erfahrung in Umweltschutz und Forschung, aber auch im Gesundheits- und Sozialwesen. Aufgrund der meist historisch bedingten, fehlenden Erfahrung der Partnerländer können Schweizer Organisationen, welche in den genannten Bereichen aktiv sind, viel zu Wissensaufbau und gezielter Problemlösung beitragen. Deshalb ist die Förderung von bilateralen Partnerschaften zwischen der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten ein Schwerpunkt des Erweiterungsbeitrags. Als Partner zugelassen sind – in den Partnerländern wie auch der Schweiz – Organisationen, die keinen kommerziellen Nutzen an der Projektbeteiligung verfolgen. Es sind Stiftungen, Gewerkschaften, Vereine,

sowie Gemeindebehörden oder kantonale Verwaltungseinheiten. Das klassische Beispiel einer Partnerschaft ist die Städtepartnerschaft, andere Beispiele kommen aus den Bereichen Langsamverkehr, pädagogische Ausbildung und Biodiversität.

Eine dieser Partnerschaften entstand zwischen der Schweizer Stiftung Diakoniewerk Neumünster, die vorwiegend im Gesundheits- und Sozialwesen tätig ist, und dem Dachverband sozialer Institutionen in Tschechien. Werner Widmer, Stiftungsdirektor des Diakoniewerks Neumünster, erzählt in einem Interview von seinen Erfahrungen.

Herr Widmer, wie sieht die Zusammenarbeit zwischen Ihrer Stiftung und Tschechien im Rahmen des Schweizer Erweiterungsbeitrags aus?

Werner Widmer: Seit 2009 unterstützen wir die fachliche Entwicklung in den Bereichen Alters- und Palliativpflege, sowie Ethik und Management sozialer Institutionen. Pro Jahr finden 4–8 Besuche auf Stufe der Kadermitarbeitenden in Tschechien und umgekehrt in der Schweiz statt. Inzwischen werden Schweizer Expertinnen und Experten an Fachtagungen nach Tschechien eingeladen, um Referate zu halten, und ein von uns verfasstes Lehrbuch über Palliative Care wurde auf Tschechisch publiziert. Dieses Lehrmittel richtet sich an Personen, die direkt in der Pflege engagiert sind.

In der Schweiz fördert der internationale Kontakt das Bewusstsein für die hohe Qualität der Dienstleistungen und für die Verantwortung, die sich daraus ergibt. Die Zusammenarbeit und der kulturelle Austausch regen den Diskurs im Bereich Alterspflege und Palliative Care an.

Gibt es denn unterschiedliche Lösungsansätze für die gleichen Herausforderungen in der Alterspflege und im Umgang mit dem Tod?

Werner Widmer: Wir sind beeindruckt, mit welchem Engagement und welcher Herzlichkeit die Mitarbeitenden in Tschechien ihre Aufgaben wahrnehmen. Ihre Arbeit findet in einem schwierigen Umfeld statt, wie beispielsweise unter ungünstigen finanziellen Rahmenbedingungen. Der gewählte Ansatz in der Pflege ist jedoch ein anderer. Im Gegensatz zur Schweiz wird in Tschechien vermehrt auf die Altenpflege zu Hause gesetzt. Dazu wird die Spitalexterne Pflege umfassend ausgebaut und weniger Mittel in die Errichtung von Pflegeheimplätzen investiert. Der Staat stellt pflegebedürftigen älteren Menschen Assistenzbeiträge zur freien Verfügung. Diese werden zur Vergütung von Leistungen im individuellen Pflegefall verwendet. Mit diesem Beitrag werden zum Beispiel auch Angehörige für Pflegeleistungen entlohnt. Auch im Umgang mit dem Tod und der Begleitung im Sterbeprozess sind uns grosse Unterschiede aufgefallen: In Tschechien werden Sterbende im Spital oder Pflegeheim weder von Angehörigen noch von Mitarbeitenden im Sterbeprozess begleitet. Dies wird offenbar von den Sterbenden kaum gewünscht. Abschiedsrituale sind in Tschechien weitgehend unbekannt.

Ausblick in die Zukunft: Welche Herausforderungen könnten im Rahmen dieser Partnerschaft in den nächsten Jahren angegangen werden?

Werner Widmer: Bei einer Weiterführung dieser Partnerschaft würden wir die qualitative Entwicklung der Alterspflege in Tschechien gezielter unterstützen und uns verstärkt für die Aufrechterhaltung der Autonomie im hohen Alter engagieren. Dieser Bereich ist für unsere Partner von höchster Priorität, da er in Tschechien bislang kaum entwickelt wurde und nach pragmatischen Lösungsansätzen verlangt.



Bewohnerinnen und Bewohner im Alters- und Pflegeheim Harmony Home in Vsetín, Tschechien. © Harmony Home Vsetín

Die 5 Projektziele des Erweiterungsbeitrags

Der Erweiterungsbeitrag trägt zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in dreizehn Ländern der erweiterten EU bei. Jedes Projekt verfolgt eines der daraus abgeleiteten fünf Projektziele:

1. Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern:

Budget: 333 Mio. CHF

2. Soziale Sicherheit erhöhen:

Budget: 180 Mio. CHF

3. Umwelt schützen:

Budget: 479 Mio. CHF

4. Öffentliche Sicherheit erhöhen:

Budget: 116 Mio. CHF

5. Zivilgesellschaft stärken:

Budget: 105 Mio. CHF

Für jedes Projekt sind messbare Resultate festgelegt, die es zu erzielen gilt. Die Verantwortung für die Leistungserbringung und die Zielerfüllung übernehmen primär die Partnerstaaten. Sie erstatten der Schweiz regelmässig Bericht über die Projektfortschritte und

über die Erreichung der festgelegten Ziele. Auf den folgenden Seiten werden die Projektziele näher umschrieben und anhand von Projektbeispielen illustriert.

Der Erweiterungsbeitrag für Kroatien

Auch in Kroatien werden mit dem Erweiterungsbeitrag bis 2024 die fünf oben genannten Ziele anvisiert. Nachdem die Rahmenbedingungen und die Form der Zusammenarbeit ausgehandelt waren, lag der Fokus im Jahr 2016 auf der Vorbereitung der konkreten Projekte, die bis im Mai 2017 von den kroatischen Behörden und auf Schweizer Seite von SECO und DEZA bewilligt werden müssen.

Die DEZA strebt eine umfassende Zusammenarbeit in der dualen Berufsbildung und der Forschung an. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Entminung Kroatiens und die Integration von Minenopfern in die Gesellschaft. Wie in den übrigen Partnerländern des

Erweiterungsbeitrags unterstützt ein Partnerschaftsfonds bilaterale Partnerschaften zwischen schweizerischen und kroatischen Institutionen.

Das SECO wird die kroatischen Bemühungen im Umweltschutz unterstützen. Mehrere Projekte zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung sowie der Sammlung und Aufbereitung von sanitären Abwässern im Nordwesten Kroatiens sind in der Vorbereitung. Diese Projekte verfolgen nicht nur das Ziel, die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu erhöhen, sondern auch die Attraktivität der Region zu steigern, Arbeitsplätze zu schaffen und damit die lokale Wirtschaft nachhaltig zu stärken.



Ein Mitarbeiter der kroatischen Entminungsorganisation CROMAC zeigt die Gebiete der kroatischen Gemeinde Petrinja, in welcher noch immer grosse Landstriche zu entminen sind.
© DEZA

Ziel 1: Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Die Schweiz unterstützt in ihren Partnerländern mit 333 Millionen Franken Projekte, die das Wirtschaftswachstum fördern und die Arbeitsbedingungen verbessern. Dies liegt auch im Interesse der Schweiz, denn die Schweizer Exportindustrie profitiert vom Aufbau der osteuropäischen Wachstumsmärkte und der steigenden Kaufkraft in den Partnerländern.

Die Projekte sind sehr vielfältig und reichen von der Förderung strukturschwacher Regionen im Südosten Polens über die Implementierung eines dualen Berufsbildungssystems in der Slowakei bis hin zu Sti-

pendienprogrammen für junge Forschende aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Der Erweiterungsbeitrag finanziert ausserdem Kredite für kleinere Unternehmen und trägt damit zur Schaffung und Erhaltung zahlreicher Arbeitsplätze bei. Weiter stärkt er die soziale Verantwortung der Unternehmen sowie den Tourismus in strukturschwachen Regionen und verbessert die Anwendung internationaler Normen in den Bereichen Rechnungslegung und Buchprüfung. Letzteres verbessert das Investitionsklima und hilft, Finanzdelikten vorzubeugen.

Knapp 1'000 Rumäninnen und Rumänen haben dank der Vergabe von gesicherten Krediten an kleine und mittlere Unternehmen eine Stelle gefunden	Das Bildungsangebot in Bulgarien wurde um 6 Berufe nach dem Vorbild der dualen Berufsbildung erweitert
Zu 21 neuen Patenten führten 88 bilaterale Forschungs- und Entwicklungspartnerschaften	Über 1'200 KMUs, NGOs und Start-ups in Polen erhielten Fördermittel zur Stärkung der lokalen Entwicklung
9'780 Expertinnen und Experten aus dem Bereich Regulierung des Finanzsektors bildeten sich in Polen in Buchhaltung und Rechnungsprüfung weiter	An knapp 1'000 wissenschaftlichen Publikationen im Rahmen des Sciex-Programms beteiligten sich rund 1'250 Forscherinnen und Forscher und über 190 Institutionen

Risikokapital schafft innovative, neue Arbeitsplätze und stärkt nachhaltig die Wirtschaft in Ungarn

Der ungarische Risikokapitalfonds Euroventures, an dem sich die Schweiz zu 43% beteiligt, unterstützt innovative, junge oder neugegründete Firmen in Zentralungarn. Aus knapp 700 Gesuchen wählte der lokale Umsetzungspartner bisher 20 Firmen aus und beteiligte sich mit bis zu 70% an deren Eigenkapital. Neben der eigentlichen Finanzierung werden die Firmen auch in operativen Fragen unterstützt. Bislang schaffte das Projekt über 200 hochqualifizierte Arbeitsplätze, was in Ungarn in Anbetracht der Folgen der Finanzkrise 2007/2008 und des erschwerten Zugangs zu Firmenfinanzierung ein wichtiger Schritt ist. Bis Ende 2016 waren acht Firmen nicht mehr auf die Unterstützung angewiesen.

Unterstützt wurde zum Beispiel eine Firma, die Mitfahrgelegenheiten im In- und Ausland vermittelt: Freie Plätze in Autos sollen mit Reisenden für die gleiche Strecke zusammengebracht werden. Die resultierende, höhere Auslastung im Individualverkehr soll dem Schutz der Umwelt dienen und damit dem drohenden Klimawandel entgegen wirken – ein Teilziel des Erweiterungsbeitrags. Eine andere Firma entwickelt ein „intelligentes“ chirurgisches Messer (iKnife), mit dem während Operationen Gewebe unter anderem auf Krebszellen untersucht werden kann. Mit dem iKnife soll nicht nur die Entfernung von Krebsgewebe gezielter erfolgen, sondern auch Schäden am gesunden Gewebe reduziert sowie bakteriologische Infekte verhindert werden. Gemäss dem Entwicklungsteam werden die Sicherheit bei Operationen erhöht und die Kosten von chirurgischen Eingriffen reduziert.



Euroventures unterstützte ein Unternehmen, das Software für die Analyse des menschlichen Erbguts entwickelt hat. Das Bild zeigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Analyse von gedruckten DNA-Sequenzdaten. © SECO

Ziel 2: Soziale Sicherheit erhöhen

Die Schweiz finanziert mit rund 180 Millionen Franken eine breite Palette von Massnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit in den Partnerländern. Im Zentrum stehen dabei die Betreuung älterer und kranker Menschen sowie die Jugendförderung. Die Projekte setzen auf die fünf Schwerpunkte: Basis-Gesundheitsdienste, Modernisierung von Spitälern,

Prävention, Sozialdienste für bestimmte Zielgruppen sowie verschiedene soziale Dienstleistungen wie z.B. die Erleichterung des Zugangs zur Schule in ländlichen Gebieten oder die Verbesserung des medizinischen Notfalldienstes. Dabei bringt die Schweiz ihr Fachwissen mit ein.

In Polen nahmen **1'143'000** Personen an insgesamt 7'821 Veranstaltungen zu den Themen Alkohol- und Tabakprävention teil

27 Krankenhäuser in Litauen wurden mit modernem medizinischem Equipment ausgestattet

137 Angestellte von Gemeinschaftszentren in der Slowakei schlossen erfolgreich Trainingsprogramme im Umgang mit Kindern und Jugendlichen aus marginalisierten Roma-Gemeinden ab

In Estland wurden **131** Rettungswagen mit transportablen Computerstationen und Internetverbindungen ausgestattet und 1'350 Angestellte in der Handhabung des neuen Systems geschult

In Lettland wurden **26** Jugendzentren eröffnet und 4'500 Jugendarbeiter und Jugendarbeiterinnen profitierten von Schulungen

Im Rahmen des Wallachia-Projekts konnten **27** Fahrzeuge, 2 Spezialwagen sowie ein Minibus und ein Pickup für den Transport von behinderten Menschen in Tschechien zur Verfügung gestellt werden

Säuglingssterblichkeit in Litauen markant gesunken

Dank der Schweizer Unterstützung haben sich die Bedingungen für Neugeborene und Mütter in Litauen erheblich verbessert. Bemerkenswert ist insbesondere die stark gesunkene Säuglingssterblichkeit: Während 1992 durchschnittlich 16,5 von 1'000 Säuglingen starben, waren es 2014 nur noch 3,9. Dies entspricht der Schweizer Säuglingssterblichkeitsrate.

Die Schweiz hatte bereits in den Neunzigerjahren die medizinische Ausrüstung in litauischen Geburtsabteilungen finanziert. Mit dem Erweiterungsbeitrag unterstützt sie diesen Bereich nun mit 45,6 Millionen CHF. Bis Ende August 2016 konnten die meisten Projekte abgeschlossen werden. Folgende Resultate wurden erzielt:

- › 27 Spitäler sind mit modernen medizinischen Geräten ausgerüstet. Drei abgelegene Spitäler haben spezielle Transportfahrzeuge für Neugeborene erhalten.
- › 24 Spitäler sind besser isoliert. Heiz- und Wasserversorgungssysteme, elektrische Installationen und die Lüftung wurden erneuert. Dadurch verbessert sich nicht nur das Raumklima, auch der Energiebedarf und die Unterhaltskosten werden deutlich gesenkt.
- › Über 2'337 Pflegerinnen und Pfleger haben an Schulungen teilgenommen. 70 Diagnose- und Behandlungsrichtlinien wurden erarbeitet.



Die Projekte zur Reduktion der Säuglingssterblichkeit in Litauen laufen bis April 2017. Bis dahin werden in 17 Spitälern Solarkollektoren und Wärmepumpen installiert sein, zwei weitere Spitäler energieeffizient renoviert, eine umfassende Patientendatenbank aufgebaut und zusätzliche Weiterbildungen durchgeführt. © Litauisches Gesundheitsministerium

Ziel 3: Umwelt schützen

Rund 479 Millionen Franken des Erweiterungsbeitrags werden in Projekte zur Verbesserung des Umweltschutzes investiert. Dazu gehören Infrastrukturprojekte, die den öffentlichen Verkehr, die Trinkwasserversorgung, die Abwasserreinigung, die Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energien, die Entsorgung von Sonderabfällen sowie die

Umweltüberwachung fördern. Diese Projekte reduzieren ausserdem die Gesundheitsrisiken für die Menschen, verbessern die Lebensbedingungen der Bevölkerung und fördern die wirtschaftliche Entwicklung. Neben diesen Infrastrukturprojekten unterstützt die Schweiz auch Projekte im Bereich Naturschutz und Biodiversität.

In der Slowakei profitieren rund 12'000 Personen von einer neuen Abwasserinfrastruktur	In Ungarn wurden 30.5 km asbestverseuchte Trinkwasserleitungen mit neuen Rohren ersetzt
800 Bauern und 350 NGO-Vertreter vertieften ihr Wissen zu Biodiversität in der Landwirtschaft durch Konferenzen, gezielte Trainings und Workshops	Eine neue Oberleitungsbuslinie von 3 km Länge verbindet das Stadtzentrum von Ostrava, Tschechien mit einem Busterminal für den Regionalverkehr
Über 34'000 polnische Haushalte wurden asbestsaniert, rund 1'000 finanzschwachen Familien wurde dabei ein neues Dach finanziert	Über 90% aller wichtigen Indikatoren kontrolliert Estland heute dank der Aufrüstung des Umweltüberwachungssystems (vor dem Projekt: bis zu 69%)

Altlastensanierung im Industriehafen von Riga schützt die Ostsee

Dank der Schweizer Unterstützung konnte Lettland die Altlasten im alten Industriehafen in Riga (Gebiet Sarkandaugava) grösstenteils sanieren. Dieses Hafengebiet wurde seit 1872 für den Transport und die Lagerung von Ölprodukten benutzt, was die Umwelt und die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner stark belastete.

Die Wasser- und Bodenqualität ist heute wieder hergestellt. Erdölprodukte gelangen nicht mehr in den angrenzenden Fluss Daugava oder in die Ostsee. Die beauftragte Sanierungsfirma beseitigte über 1'600 Tonnen der flüssigen Ölschicht und mehr als 7'100 Tonnen verschmutzten Boden, dessen Entsorgung nach nationalen Gesetzen und EU-Richtlinien durch ein lizenziertes Unternehmen erfolgte. Angrenzende

Gewässer werden heute durch eine Spundwand vom Gebiet mit der Restverschmutzung getrennt, dessen Beseitigung über die nächsten Jahre erfolgt.

Die Wirkung des Projekts geht über die eigentliche Umsetzungsphase und die rein technischen Sanierungsaktivitäten hinaus. Durch die gezielte Schulung und Aufrüstung der dafür notwendigen Infrastruktur wird die Überwachung und Beseitigung von Restverschmutzung in der Zukunft sichergestellt.



Der frühere Ölhandel hat im lettischen Industriehafen Rigas (Sarkandaugava-Gebiet) zu einer starken Belastung für Umwelt und Bevölkerung geführt. © SECO

Ziel 4: Öffentliche Sicherheit erhöhen

Mit 116 Millionen Franken verbessert der Erweiterungsbeitrag die öffentliche Sicherheit in den Partnerländern. Beispiele dafür sind die Modernisierung des Gerichtswesens in Lettland, die Verstärkung des Schutzes der Schengen-Aussengrenze in Polen, Massnahmen zur Bewältigung von Naturkatastrophen und Notsituationen in Ungarn sowie die

Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität in verschiedenen Ländern. Die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in den Partnerländern liegt auch im Interesse der Schweiz, denn die Projekte tragen unter anderem zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität bei.

In 175 Krankenhäusern in Estland ermöglichen verbesserte Brandschutzmassnahmen die schnelle und sichere Evakuierung ihrer Patienten und Patientinnen	79 Mitarbeitende der integrierten Rettungsdienste wurden in der Slowakei im Zivilschutz ausgebildet
36 Kadermitglieder regionaler Polizeiwachen wurden in Bulgarien für menschenrechtskonforme Polizeiarbeit sensibilisiert	1'085 Teilnehmende wurden an verschiedenen Schulungen im Bereich Migrations- und Diversitymanagement in Polen ausgebildet
12.5 km mobiler Staudämme zum Hochwasserschutz konnten in Ungarn geliefert, transportiert, gelagert und kontrolliert werden	In Litauen wurden in 18 Gerichten und 13 Gefängnissen Videoeinrichtungen installiert

Die Schweiz gegen Menschenhandel in Bulgarien und Rumänien

Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags tritt die Schweiz dem Menschenhandel mit diversen Massnahmen entschieden entgegen und trägt damit zu mehr öffentlicher Sicherheit in Bulgarien und Rumänien bei. Das Ziel aller Projekte ist, Opfer wirksamer zu schützen, die lokalen staatlichen Institutionen zu stärken und die sozialen Dienstleistungen zu erweitern. Konkrete Massnahmen, die innerhalb der Projekte in Bulgarien und Rumänien umgesetzt werden, beinhalten:

- › **Identifikation.** Opfer geben sich selten als solche zu erkennen, weisen aber oft bestimmte Erkennungsmerkmale auf. Sie weisen Spuren von Misshandlung auf oder es fehlen ihnen Identitätsdokumente.
- › **Opferschutz.** Opfer von Menschenhandel haben in der Regel psychische und physische Gewalt erlitten. Sie werden temporär aufgenommen, begleitet, betreut und erhalten medizinische sowie rechtliche Hilfe.
- › **Rückführung und Reintegration.** Dazu gehören Beratung und Unterstützung auf dem Weg zurück in einen gewaltfreien Alltag.
- › **Prävention.** Insbesondere ethnische Minderheiten sind eine wichtige Zielgruppe von Kampagnen, denn Angehörige marginalisierter sozialer Gruppen sind besonders gefährdet, Opfer von Menschenhandel zu werden.



Präventionskampagne gegen Menschenhandel in Bulgarien, die vor falschen Arbeitsversprechen im Ausland warnt und zur genauen Prüfung des Angebots vor der Abreise aufruft
© Animus Assoziation

Ziel 5: Zivilgesellschaft stärken

Der Erweiterungsbeitrag finanziert mit rund 105 Millionen Franken Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft. In allen Partnerländern wird ein Unterstützungsfonds für Nichtregierungsorganisationen (NGO-Fonds), der rund 700 Kleinprojekte umfasst, finanziert. Durch die NGO-Fonds werden insbesondere Projekte im sozialen und Umweltbereich unterstützt, welche der Zivilgesellschaft in allen Ländern

eine erfolgreiche Mitwirkung an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes ermöglichen. Durch den Einbezug von Schweizer Partnern in Projekte profitieren die NGOs von Schweizer Fachwissen. Gleichzeitig können schweizerische Organisationen ihre Netzwerke und ihre Kompetenzen dank Partnerschaften mit Organisationen in den Partnerländern weiterentwickeln.

<p>Mindestens 1'500'000 rumänische Bürgerinnen und Bürger konnten in zivilgesellschaftlichen Aktivitäten involviert werden</p>	<p>In Polen wurden 336 von NGOs lancierte Projekte erfolgreich abgeschlossen</p>
<p>Mindestens 55 Verbesserungen bulgarischer Gesetze initiierten NGOs dank verschiedener Projekte</p>	<p>NGOs arbeiteten an der Umsetzung von 26 Projekten im Gesundheitsbereich</p>
<p>78 estnische NGOs schlossen Kooperationsverträge mit unterschiedlichen öffentlichen Partnern ab</p>	<p>4 Projekte im Sozial- und Tourismusbereich, darunter eines mit Schwerpunkt auf Romagemeinden, wurden in der Slowakei umgesetzt</p>

Freiwillige Feuerwehr in Rumänien – Einsatz der Zivilgesellschaft

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag stärkt die Zivilgesellschaft in Rumänien durch den Partnerschafts- und Expertenfonds und den Thematischen Fonds für die Partizipation der Zivilgesellschaft. Ziel dieser zwei Fonds ist es einerseits, bestehende und neue Partnerschaften zwischen rumänischen und schweizerischen Organisationen und Gemeinden zu unterstützen und Schweizer Fachwissen an rumänische Institutionen zu vermitteln. Andererseits fördern die Fonds die aktive Teilnahme der Zivilbevölkerung an der rumänischen Gesellschaft.

Die rumänische Zivilgesellschaft setzt sich für die Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr ein. Vor über fünf Jahren verabschiedete das rumänische Parlament ein Gesetz, laut dem jede Gemeinde im Land über eine Freiwillige Feuerwehr verfügen muss. Leider fehlte den Gemeinden das Geld für

eine Gründung, weshalb das Gesetz vielerorts ein Stück Papier blieb. Also wurde die Zivilgesellschaft mit Hilfe des Vereins Opération Villages Roumains - Suisse und dem Schweizer Erweiterungsbeitrag aktiv.

Die Freiwillige Feuerwehr in Rumänien besteht inzwischen in Form von regionalen Einsatzstellen für Ausnahmestände. Jede Einsatzstelle deckt jeweils vier bis fünf Gemeinden ab. 40 bis 50 Feuerwehrleute wurden bisher für Notfallsituationen ausgebildet. Die Freiwillige Feuerwehr entlastet die Berufsfeuerwehr, indem sie kleinere Einsätze selber übernimmt oder die Zeit bis zum Eintreffen der Berufsfeuerwehr am Einsatzort überbrückt. Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte sind darüber hinaus für andere Notfallsituationen wie Überschwemmungen geschult.



Dank der Zivilgesellschaft wurde dem rumänischen Gesetz über die Freiwillige Feuerwehr Rechnung getragen. Eine rumänisch-schweizerische Partnerschaft schuf die Basis für die Freiwillige Feuerwehr und hat damit zur Umsetzung des Gesetzes beigetragen. Seit Beginn des durch den Schweizer Erweiterungsbeitrag finanzierten Projekts entstanden weitere vier Einsatzstellen der Freiwilligen Feuerwehr. © DEZA

Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
3003 Bern

Gestaltung:
Visuelle Kommunikation, EDA

Download:
www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (Rubrik «Publikationen»)

Fachkontakt:
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon: +41 58 462 68 46
swiss-contribution@eda.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon: +41 58 462 78 24
swiss-contribution@seco.admin.ch

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch
Bern, April 2017, © DEZA/SECO